

Zum Jahrestag der Pariser Kommune am 18. März 1871:

Vom Kampf der Pariser Kommune lernen!

Am 18. März 1871 hatten sich die Arbeiterinnen und Arbeiter in Paris bewaffnet zur Revolution gegen die Bourgeoisie erhoben, deren Staatsmacht gewaltsam zerschlagen und – erstmals in der Geschichte – ihre eigene revolutionäre Staatsmacht errichtet. Das war eine Kriegserklärung an die gesamte alte Welt der Ausbeutung. Die Pariser Kommune zeigte durch ihre Existenz und ihre Maßnahmen, auch wenn sie teilweise unvollkommen und inkonsequent waren, vor den Augen der ganzen Welt den Weg und das Ziel, um sich aus kapitalistischer Ausbeutung zu befreien. Dagegen hetzten die Herren der alten Welt, dagegen setzten sie ihre bewaffnete Konterrevolution.

In einigen Aufrufen und Plakaten zur Demonstration gegen die EZB wird der Jahrestag der Pariser Kommune erwähnt – allerdings ohne auch nur einen Satz zu verlieren über den Kampf und die Ziele des Kampfs der Pariser Kommune.

Wir wollen im Folgenden vor allem drei wichtige Erfahrungen der Pariser Kommune vorstellen, die es lohnt genauer unter die Lupe zu nehmen – gerade auch angesichts aktueller Positionen innerhalb der Kräfte, die führend die Demonstration am 18.3.2015 in Frankfurt organisiert haben.

Internationale Solidarität oder „eine gemeinsame europäische Bewegung schaffen...“?

Die Pariser Kommune hatte von Anfang an dem Chauvinismus den Krieg erklärt. Als Kampfansage an den französischen Chauvinismus beschloss die Kommune demonstrativ die Zerstörung der Vendôme-Säule, einem Symbol für die Unterdrückung anderer Länder.

Die Kommune ließ Revolutionäre aus anderen Ländern direkt teilnehmen und berief einige zu Ministern. Der Generalrat der „Internationale“ wurde zum Zentrum der Unterstützungsaktionen für die Pariser Kommune.

Marx schickte hunderte Briefe in alle Ecken der Welt zur Mobilisierung für die Kommune. Internationale Aktionen und Massenkundgebungen wurden in vielen Ländern durchgeführt. Die in der „Internationale“ organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter der ganzen Welt schauten auf den welthistorischen Kampf der Pariser Kommune und unterstützten ihn nach Kräften.

Und heute? Es genügt schon, einen Blick auf den von den europäischen Staaten organisierten Terror, z.B. gegen Flüchtlinge aus Afrika, zu werfen, bei dem der deutsche Imperialismus und sein Staat mit an der Spitze steht, um zu verstehen, wie falsch und reaktionär die Position von Blockupy ist: „eine gemeinsame europäische Bewegung schaffen...“ (Aufruf von Blockupy zur Demo am 18.3.2015 in Frankfurt). Denn ein Kampf gegen den Anti-Flüchtlings-Terror des deutschen Imperialismus, der darauf abzielt, die Flüchtlinge schon möglichst vor den Grenzen Europas „abzufangen“, ist unmöglich, ohne Solidarität und Zusammenschluss mit Aktivistinnen und Aktivisten aus den afrikanischen Ländern, ohne gemeinsamen Kampf mit den Flüchtlingen aus Afrika. Die Ignoranz gegenüber der Aufgabe der notwendigen Solidarität mit den afrikanischen Flüchtlingen ist nicht nur objektiv eine Widerspiegelung

europäisch-deutscher Arroganz. Es wäre auch primitivster Ökonomismus, wenn die afrikanischen Flüchtlinge, die um ihr Leben kämpfen, nur weil sie nicht im engen Sinne des Wortes gegen einzelne Maßnahmen des Kapitalismus auf ökonomischem Gebiet kämpfen, aus dem Blickfeld geraten!

Der innereuropäische Blickwinkel ist jedoch doppelt fatal. Ein kurzer Blick auf die weltweiten Kämpfe heute zeigt, dass es gerade in nicht-europäischen Ländern, in vom Imperialismus abhängigen Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika, aber auch in den USA, Kämpfe der Ausgebeuteten gibt, die in vielerlei Hinsicht vorbildlich für uns sind und von denen wir lernen können. Mit deren Aktivistinnen und Aktivisten müssen Kontakte geknüpft und Diskussionen in Gang gesetzt werden.

Es geht also auch heute um internationale Solidarität mit allen gerechten Kämpfen in **allen** Ländern, es geht auch heute um die Schaffung eines internationalen Bündnisses mit allen demokratischen und revolutionären Kräften **aller** Länder.

Zerschlagung des kapitalistischen Staatsapparats oder Schürung von Illusionen in diesen Staat?

Nach dem Sieg des Aufstands am 18.3.1871 floh ein Teil der Beamten (sowie auch der herrschenden Klasse) nach Versailles, während die zurückgebliebenen Beamten der alten Macht die neue Macht, die Pariser Kommune, sabotierten. Der Pariser Kommune war klar, dass sie den alten, bürgerlichen Staatsapparat nicht einfach übernehmen konnte, denn er war darauf ausgerichtet, die werktätigen Massen zu unterdrücken und das kapitalistische Ausbeutungssystem aufrechtzuerhalten. Der Beamten-, Militär-, Justiz- und Polizeiapparat, der gesamte bürgerliche Staatsapparat musste zerschlagen werden und zwar durch die bewaffneten Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Erfahrungen der Pariser Kommune zeigen auch, was passiert, wenn die bewaffneten Kräfte der Bourgeoisie nicht vollständig zerschlagen wer-

den konnten und sich mit der internationalen Konterrevolution verbündeten:

Die heldenhaften Kämpferinnen und Kämpfer der Kommune wurden von der französischen Bourgeoisie und ihrer bewaffneten Konterrevolution in Kollaboration mit preußischem Militär gejagt, eingekerkert und ermordet. 30.000 wurden von der französischen bewaffneten Konterrevolution ermordet, 45.000 verhaftet, viele später hingerichtet, 20.000 zu Gefängnis, 8.000 zur Verbannung verurteilt.

Und heute? Forderungen wie „Regulierung von Banken“ („Attac“ und Partei „Die Linke“ (PDL), „Grundsatzprogramm“) oder „Konzernbesteuerung“ („Attac“) sollen suggerieren, dass dieser Staat als Instrument gegen das Kapital eingesetzt werden könne. Forderungen wie „Stärkung der Parlamente“ (PDL, „Grundsatzprogramm“) schüren vor allem Illusionen in das parlamentarische System dieses Staats.

Entscheidend dagegen ist heute: Im höchsten Stadium des Kapitalismus, im Imperialismus, entwickelt sich der staatsmonopolistische Kapitalismus, was in in engem Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung imperialistischer Kriege steht. Staatsmonopolistischer Kapitalismus als Kriegsinstrument bedeutet, dass das monopolistische Großkapital mit Hilfe seines ihm untergeordneten Staates verstärkt das gesamte für den Krieg notwendige „Potential“ des jeweiligen Landes zusammenfasst: Arbeitskräfte, Rohstoffe, Transportmittel usw. wie das im Ersten und Zweiten Weltkrieg massiv durchgeführt wurde. Denn imperialistische Kriege werden im Interesse der jeweils in einem imperialistischen Land herrschenden monopolistischen Großkapitals von ihren Staaten mit ihren Armeen geführt. Das monopolistische Großkapital braucht den Staat gerade auch im Krieg als Instrument zur Unterdrückung des Kampfs der Arbeiterinnen und Arbeiter, um Ruhe im „Hinterland“ durchzusetzen gegen jeglichen antimilitaristischen Protest und Widerstand. Das ist eine zentrale Voraussetzung zur Führung imperialistischer Kriege, auch deshalb wird eine immer weiter gehende staatliche Faschisierung vorangetrieben.

Heute ist die zunehmende Militarisierung und Faschisierung in Deutschland besonders beim Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan zu beobachten. Er wurde und wird von den deutschen Imperialisten benutzt, um die Mechanismen und Strukturen des staatsmonopolistischen Kapitalismus weiter auf- und auszubauen und zu erproben (Koordination von Bundeswehr, Polizei, „Technischem Hilfswerk“, Krankenhäusern, Feuerwehr, Rüstungs- und „Zivil“industrie). Dass es um weit mehr geht, nämlich um die Vorbereitung auch eines groß angelegten imperialistischen Krieges, das machen gigantische Rüstungsprojekte, der forcierte Aufbau eines flächendeckenden „Heimatschutzes“ sowie die immer weiter gesteigerte Militarisierung des ganzen gesellschaftlichen Lebens deutlich (verstärkte militaristische Propaganda der bürgerlichen Medien, öffentliche Gelöb-

Anzeige

Karl Marx

Der Bürgerkrieg in Frankreich (1870/71)

In dieser Grundschrift des wissenschaftlichen Kommunismus analysiert Marx die Kämpfe und Erfahrungen der Pariser Kommune 1870/71, dem welthistorisch ersten Versuch des Sturzes der Bourgeoisie und der Errichtung eines neuen, revolutionären Staats.

154 Seiten, Offenbach 2013, 6 Euro
ISBN 978-3-86589-103-9

Rotes Studienheft Nr. 3:

Beiräte zum Studium der Schrift:

Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich (1871), 28 Seiten, 1 Euro

Zu bestellen bei:

Verlag Olga Benario und Herbert Baum
Postfach 102051, D-63020 Offenbach
www.verlag-benario-baum.de /
info@verlag-benario-baum.de

nisse, Werbe- und Rekrutierungsfeldzüge der Bundeswehr etc.).

Damit wird klar: Jede Unterstützung von Maßnahmen dieses Staats, jede Befürwortung einer Stärkung des deutschen Staates stärkt die Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus und zu dem auch die Faschisierung des Staates im Inneren.

Auch im Imperialismus ändert sich also nichts an der entscheidenden Funktion des bürgerlichen Staats, das kapitalistische System zu sichern.

Kein Wahlsieg einer Parlamentspartei, keine „Stärkung der Parlamente“ kann auch nur das geringste an dieser Funktion ändern – in Deutschland nicht und auch nicht in anderen kapitalistischen Ländern wie z.B. Griechenland.

Denn der bürgerliche Parlamentarismus ist nichts anderes als ein immens aufgeblähtes System des Betruges mit dem die Kapitalistenklasse versucht den eigentliche Klassencharakter ihres Staates und seine hauptsächlichsten Funktionen zu vertuschen und mit seiner Hilfe die Verschleierung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse durchzuführen.

Ein Mittel dabei ist, den Schein von wirklich inhaltlichen Unterschieden zwischen den Parlamentsparteien aufrechtzuerhalten. In der Tat existieren jedoch lediglich Unterschiede im Auftreten und in der Akzentsetzung der einzelnen bürgerlichen Parteien. Die Ursache dafür liegt vor allem darin, dass sie verschiedene Teile der Bevölkerung ansprechen und an sich binden müssen, so dass alle Parteien zusammen soweit als möglich die Bevölkerung insgesamt an sich und somit an das kapitalistische System binden. So entstand und entwickelt sich eine Rollenverteilung der verschiedenen politischen Kräfte auf der parlamentarischen Bühne. So entstand und entwickelt sich eine bestimmte ideologisch geprägte Anhängerschaft der verschiedenen bürgerlichen Parteien.

Wahlen in der bürgerlich-parlamentarischen Republik, das heißt also in Wirklichkeit, einmal in vier Jahren darüber zu entscheiden,

welche Mitglieder und Handlanger der herrschenden Ausbeuterklasse die Interessen der breiten Massen der Bevölkerung nicht ver-, sondern in Wirklichkeit zertreten sollen. Die Wahlen der bürgerlichen Demokratie sind aber auch ein Barometer dafür, welche Spielart der bürgerlichen Politik und Ideologie bestimmte Teile der proletarischen Klasse und andere Werktätige am meisten an sich bindet.

Wer es heute also ernst meint mit dem Kampf für Revolution, mit dem Kampf für die Vernichtung des Kapitalismus kommt nicht darum herum, sich klarzumachen, dass die herrschende kapitalistische Klasse wenn Gefahr besteht, dass sie ihr Ausbeuterparadies verlieren könnte, auch heute nicht zögern wird – so wie sie auch seit der Pariser Kommune niemals gezögert hat – ihren ganzen Staatsapparat, insbesondere ihren bewaffneten Apparat (Militär, Polizei) einzusetzen, um die revolutionären Kämpferinnen und Kämpfer zu vernichten.

In diesem Kampf können die revolutionären Kräfte nur siegen, wenn sie es schaffen Armee und Polizei im bewaffneten Kampf zu besiegen, den ganzen kapitalistischen Staatsapparat zu zerschlagen und die Kapitalistenklasse zu stürzen.

Revolutionärer Staat als Instrument zur Vernichtung des Kapitalismus oder reformistisches Geschwätz über „Kapitalismus überwinden“?

Den Kommunardinnen und Kommunarden war nach der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats sehr schnell klar, dass sie vor allem auch die Aufgabe in Angriff nehmen mussten, den alten Staat durch einen neuen, revolutionären Staat zu ersetzen. Dieser neue, revolutionäre Staat sollte den werktätigen Massen dazu dienen, den Kapitalismus zu vernichten, breiteste Demokratie für die werktätige Masse der Bevölkerung zu verwirklichen und eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung aufzubauen.

Eine der wesentlichen Erfahrungen der Pariser Kommune war, dass dieser revolutionäre Staat nur aufrechterhalten werden kann, wenn dieser auf einer revolutionären Diktatur über die kleine Minderheit der Bourgeoisie und aller Reaktionäre beruht. Die bewaffnete Masse der Bevölkerung, in der Hauptsache Arbeiterinnen und Arbeiter, waren die entscheidende Grundlage, um die Ausbeuter und Reaktionäre unterdrücken und niederhalten zu können und die Pariser Kommune gegen die Versuche der Ausbeuter, ihre Macht wiederherzustellen, offensiv zu verteidigen. Die unmittelbare Macht der bewaffneten und organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter – das war der Kern des neuen revolutionären Staates.

Und heute? Das ganze Gerede opportunistischer Kräfte vom „Kapitalismus überwinden“ ist bewußt unkonkret gehalten, um die Aufgaben, die die Kommunardinnen und Kommunarden angepackt haben, reformistisch zu vertuschen. Zudem wird in diesem Zusammenhang oftmals auch suggeriert, dass der Kapitalismus in den Sozialismus „hinein-

wachsen“ könne, auf „friedlichem Weg“, auf dem Weg der Reformen, z.B. über eine angebliche „Wirtschaftsdemokratie“ (PDL, „Grundsatzprogramm“).

Wer bereit ist, heute wirklich für die revolutionäre Vernichtung des Kapitalismus und für den Kommunismus zu kämpfen, kann die Erfahrung der Schaffung eines eigenständigen revolutionären Staatsapparates durch die gegen den Kapitalismus aufständischen Massen wie in der Pariser Kommune nicht übergehen.

Wenn mit „Staat“ der heutige Staat des Kapitalismus gemeint ist, ist dieser Staat in der Tat verachtenswert, kann gerne auch mit diversen Schimpfnamen belegt werden und muss – wie schon gesagt – zerschlagen werden.

Wenn die Aufständischen selbst einen neuen, revolutionären Staat zur Abwehr der Konterrevolution schaffen, einen Staat aus ihren Reihen bilden, der nicht ihrer Unterdrückung, sondern ihrer Befreiung vom Kapitalismus dient, wie die Pariser Kommune das getan hat, dann stellt sich die Frage anders.

Ein solcher Staat ist logisch und realistisch so lange notwendig, wie die Gefahr einer Konterrevolution existiert. Die Notwendigkeit der Unterdrückung konterrevolutionärer Bestrebungen umfasst einen langen Zeitraum, in dem dieser revolutionäre Staat existiert, der sich (nicht in Bezug auf die Reaktion, aber in Bezug auf die Masse der arbeitenden Bevölkerung) immer mehr demokratisiert und stärkt, zunehmend an Abstraktheit verliert, konkret ein Instrument in der Hand der Masse der arbeitenden Bevölkerung wird.

Dieser sozialistische Staat existiert solange, bis die Konterrevolution keine Chance mehr hat (wir betonen: Das ist ein sehr langer Zeitraum), und hat nun die Aufgabe, sich selbst überflüssig zu machen, zunehmend kein besonderes Instrument mehr zu sein.

Dass das keine einfache, sondern eine sehr schwierige Aufgabe ist, dass die grundlegende Tendenz und Gefahr existiert, das auch ein solcher Staat zu einem Instrument einer Minderheit wird, um die breiten Massen zu unterdrücken, hat die Geschichte des Niedergangs der ehemals sozialistischer Staaten eindringlich gezeigt. Diesen Prozess genau zu analysieren und dieses Problem nicht naiv zu überspringen, ist zwingend.

☆☆☆

Die revolutionären Erfahrungen der Pariser Kommune sind unserer Meinung nach unverzichtbarer Bezugspunkt der Auseinandersetzung für alle Genossinnen und Genossen, die in der Tat für Revolution und Kommunismus kämpfen wollen. Die Ignoranz und Missachtung gegenüber der revolutionären Pariser Kommune war andererseits schon immer typisch für Leute, deren Grundprinzip lautet: bloß keine echte Revolution.



März 2015